

Die Eurasische Wirtschaftsunion: Ist Russland auf dem Vormarsch im GUS¹-Raum?

Velina Tchakarova

Russland feiert seine Rückkehr in die direkte Nachbarschaft, nachdem Moskau mit seinem neuen Projekt einer Eurasischen Wirtschaftsunion die wirtschaftliche Integration im Raum der Gemeinschaft der Unabhängigen Staaten (GUS) wiederbelebt hat. Zwanzig Jahre nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion (UdSSR) hat Russland sich von der nach Putins Worten „größten geopolitischen Katastrophe des 20. Jahrhunderts“¹² endgültig erholt. Konsequenterweise bestreitet Moskau seinen Weg aus den Trümmern der politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich kollabierten UdSSR, beginnend mit umfangreichen Transformationsprozessen des staatlichen Systems bis hin zu der gegenwärtigen Modernisierung und Marktliberalisierung des Landes. In diesem Zeitraum war Russland auf der internationalen Bühne kaum präsent und musste Zeuge der wirksam voranschreitenden Integrationsprojekte der Europäischen Union (EU) und der Nordatlantischen Allianz (NATO) werden. Gegenwärtig strebt Russland wiederum eine stärkere Präsenz in seiner unmittelbaren Nachbarschaft an und vermag die Rolle einer Regionalmacht im ehemaligen Einflussraum zu spielen. Die Etablierung der Eurasischen Wirtschaftsunion ist folgerichtig zu jener außenpolitischen Zielsetzung geworden, welche aus heutiger Sicht für Russland überaus wichtig ist und dennoch bei vielen Ländern der euro-atlantischen Gemeinschaft eine große Besorgnis über die längerfristigen Implikationen für den GUS-Raum hervorruft.

Ein historischer Überblick über Russlands Integrationsinitiativen im GUS-Raum

Die Pläne hinsichtlich der Eurasischen wirtschaftlichen Integration im GUS-Raum beruhen eigentlich auf einem langwierigen Integrationsprozess, welcher auf die Vergangenheit nach dem Zusammenbruch der UdSSR blickt. So gründeten Russland, Belarus und die Ukraine bereits 1991 die Gemein-

schaft der unabhängigen Staaten, wobei weitere acht ehemalige Sowjetrepubliken sich unmittelbar danach der GUS anschlossen. Heutzutage bilden elf Staaten aus Osteuropa (Belarus, Moldau und die Ukraine), aus dem Südkaukasus (Aserbaidschan und Armenien) und aus Zentralasien (Kasachstan, Tadschikistan, Usbekistan, Turkmenistan und Kirgistan) zusammen mit Russland den GUS-Raum. Die GUS versteht sich als regionale Organisationsform, welche eine Konsultations- und Austauschplattform zu relevanten Themen aus dem sozioökonomischen bis hin zum sicherheitspolitischen Bereich bietet. Nach der Gründung der GUS erfolgten weitere regionale Integrationsinitiativen mit eher mäßigem Erfolg. Daraus folgten allerdings zahlreiche bilaterale, trilaterale oder multilaterale Vernetzungen, insbesondere im Bereich der Wirtschaft und des Handels. So wurde 1995 ein Abkommen über eine Zollunion zwischen Russland, Kasachstan und Belarus unterzeichnet, obwohl mit dem Ausbruch der Finanzkrise 1998 vorübergehend ein Stillstand in den Integrationsbestrebungen herrschte. Erst mit der Bildung einer Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft (2000) und der Intensivierung der Beitrittsverhandlungen Russlands mit der Welthandelsorganisation (WTO) erfolgte 2006 ein Übereinkommen zwischen Russland, Kasachstan und Belarus zur Gründung einer Eurasischen Zollunion.

Die Eurasische Zollunion

Der erste institutionelle Schritt in Richtung der Eurasischen Wirtschaftsunion, welche planmäßig 2015 in die Tat umgesetzt werden soll, erfolgte 2010 mit der offiziellen Errichtung der Zollunion zwischen Russland, Belarus und Kasachstan. Die Gründungsstaaten brachten ihren trilateralen Handel in Einklang mit den WTO-Regeln und sie übernahmen bei der Harmonisierung der Zolltarife weitgehend die russischen Tarife.

Außerdem schufen sie die Zollkontrollen an den gemeinsamen Grenzen ab.

Dementsprechend wurden auch neue Strukturen zur Verwaltung der Zollunion geschaffen. Der Eurasische Wirtschaftsrat agiert auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs und ist für die Strategie und die langfristigen Zielsetzungen der Zollunion zuständig. Die Eurasische Wirtschaftskommission ist wiederum das ständige Kontrollorgan, welchem die Gründungsstaaten als supranationaler Struktur Souveränität abgeben. Jeder der drei Mitgliedsstaaten ist durch einen stellvertretenden Ministerpräsidenten bei dem Rat und durch drei weitere Mitglieder mit Ministerrang bei dem Eurasischen Kollegium vertreten. Somit ist die Gleichstellung aller drei Gründungsstaaten im supranationalen Organ der Zollunion ebenso gewährleistet. Die Eurasische Wirtschaftskommission ist darin bestrebt, makroökonomische Fragen zu behandeln, landwirtschaftliche Subventionen abzustimmen wie auch Wettbewerbsregeln festzulegen. Die supranationalen Kompetenzen der Kommission liegen vorwiegend im Bereich der Anpassung der Zolltarife und der Verwendung nichttarifärer Handelsinstrumente und dienen auch zum Zweck der Zollverwaltung und der Einführung zahlreicher Regelungen.

Das russische Integrationsprojekt einer Eurasischen Wirtschaftsunion beruht folglich auf der reichhaltigen Erfahrung der regionalen Integration zwischen den ehemaligen Sowjetrepubliken innerhalb der GUS bzw. der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft. Diesbezüglich soll die Errichtung der Eurasischen Wirtschaftsunion als ein langwieriger Integrationsprozess verstanden werden, welcher in mehreren Stadien abläuft. Darüber hinaus bedarf die Etablierung der Eurasischen Wirtschaftsunion noch einer umfassenden neuen Gesetzesgrundlage.

Die Eurasische Wirtschaftsunion

Parallel zur Gründung der Eurasischen Zollunion gab es Verhandlungen über eine gemeinsame Freihandelszone nach dem europäischen Modell der Wirtschaftsintegration, welche den freien Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Arbeitskräften und Kapital vorsieht. So kam es zur Unterzeichnung eines Abkommens über eine gemeinsame Freihandelszone zwischen Russland, Armenien, Kasachstan, Kirgisistan, Moldau, Tadschikistan, der Ukraine und Belarus im Oktober 2011. Allerdings schlossen nur die drei Gründungsstaaten der Zollunion bislang die Errichtung einer Freihandelszone im Bereich des freien Verkehrs von Waren sowie die Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsraums erfolgreich ab. Somit erstreckt die Eurasische Wirtschaftsunion sich aus heutiger Sicht auf einen Raum mit ca. 170 Millionen Menschen auf 20 Mio. Quadratkilometern.³ Hinsichtlich der wirtschaftlichen Auswirkungen der Zollunion auf die drei Gründungsstaaten ist es noch zu früh für eine endgültige Einschätzung der Lage. Im Gründungsjahr lag beispielsweise das Gesamtvolumen des trilateralen Handels noch bei 47,1 Mrd. US-Dollar und es stieg konsequent auf 63,1 Mrd. US-Dollar (2011) bzw. auf 68,6 Mrd. US-Dollar (2012) an.⁴ Gleichzeitig blieb der Anteil des Handels innerhalb der Eurasischen Zollunion gemessen am gesamten Außenhandelsvolumen der drei Gründungsstaaten im gleichen Zeitraum fast unverändert.⁵

Die russischen Integrationsambitionen gehen über die Errichtung der Wirtschaftsunion hinaus bis hin zu den Plänen einer Währungsunion nach 2022. Das längerfristige Ziel ist es, die Eurasische Union in ein einflussreiches regionales Machtzentrum als Endstation einer wirksamen regionalen Wirtschaftsintegration zu verwandeln. Erst mit der erfolgreichen Etablierung einer ambitionierten Wirtschafts- und Währungsunion in Eurasien könnte Russland in Erwägung ziehen, auch politische Themen auf die Agenda zu bringen. Aus heutiger Sicht liegt das Augenmerk ausschließlich auf der wirtschaftlichen Integration.

Warum eine Eurasische Wirtschaftsunion?

Russland sieht die Errichtung der Zollunion durchaus als Teil eines langwierigen Integrationsprozesses, welcher wirtschaftliche Integrationsvertiefung – von der Etablierung einer Freihandelszone bis hin zur Einführung einer gemeinsamen Währung – im postsowjetischen Raum herbeiführen soll. Aus russischer Sicht liegen die Vorteile bei der Errichtung einer Zollunion bzw. einer Eurasischen Wirtschaftsunion in dem vergleichsweise gleichen Entwicklungsniveau der Wirtschaften, in der Ähnlichkeit der kulturellen, historischen und gesellschaftlichen Dimensionen, im Ausbau von bereits vorhandenen Verbindungen, Transportnetzwerken und Energieinfrastruktur, aber auch in der gemeinsamen politischen Vergangenheit innerhalb der UdSSR.

Moskau sieht die Eurasische Wirtschaftsunion nicht nur als Gegengewicht für die regionalen Integrationsbestrebungen der EU in Osteuropa, sondern auch für die regionalen Integrationsprojekte in Asien, wo beispielsweise die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) agiert. Diesbezüglich hat Russland ein starkes Interesse daran, bei wichtigen zukünftigen Projekten über Gas- und Öllieferungen aus Zentralasien nach China bzw. aus China über Zentralasien nach Europa nicht umgangen zu werden. Aus russischer Sicht stellt China diesbezüglich eine immer zunehmende Konkurrenz auf den Energiemärkten dar. Schließlich sind es die wirtschaftlichen Anreize, die Kreditgewährungen in großem Ausmaß und weitere finanzielle Vorteile, welche China den Ländern in Zentralasien bewilligt, und Moskau als wirtschaftliche Expansion mit längerfristigen Auswirkungen auf seine unmittelbare Nachbarschaft betrachtet.

Grundsätzlich zeigen andere Länder wie Tadschikistan und Kirgistan inzwischen ein erhöhtes Interesse an einem möglichen Beitritt zur Eurasischen Zollunion. Ihnen steht der Weg für eine Integration in die Zollunion offen, sobald sie ihre Handelspraxis an die WTO-Regeln wie auch -Vorschriften angepasst haben. Dies wiederum könnte sich aufgrund ihres moderaten wirtschaftlichen

Entwicklungsstandes und diverser sozioökonomischer Belange als problematisch erweisen. Außerdem bezeichnet man die GUS Länder immer noch als defekte Demokratien, deren vielfältige Mängel sich auf allen Ebenen des politischen Systems manifestieren. Nichtsdestotrotz misst Moskau ihnen wegen ihrer strategischen Lage zwischen Europa und Asien, der geografischen Nähe zu Netzwerken zahlreicher terroristischer Gruppen und der unzähligen weichen Sicherheitsbedrohungen wie Menschen-, Drogen- und Waffenhandel, transnationaler Kriminalität und Energieversorgungssicherheit einen sehr hohen geopolitischen Stellenwert bei.

Armenien ist wiederum ein Beispiel für die geopolitischen Kalküle Russlands, welche über die Interessen einer regionalen Wirtschaftsintegration hinausgehen. Das Land hat keine gemeinsame Grenze mit einem der Gründungsländer der Zollunion, was als Voraussetzung für einen möglichen Beitritt gilt. Trotzdem entschied sich Armenien nach intensiven Gesprächen mit Russland für einen Integrationsweg in die Eurasische Zollunion und gab die offizielle Entscheidung bekannt, ein Assoziierungsabkommen mit der EU im Rahmen der Östlichen Partnerschaft nicht zu unterzeichnen. Die aktuellen Entwicklungen in den Beziehungen zwischen Russland einerseits und Moldau bzw. der Ukraine andererseits bestätigen und bekräftigen weiterhin, dass Russland durchaus einen starken politischen und wirtschaftlichen Druck auf die zwei Länder ausübt, um die innenpolitische Entscheidungsfindung zugunsten einer Integration in die Eurasische Zollunion zu beeinflussen. Als Druckmittel wurden beispielsweise gewisse Exporte aus diesen Ländern nach Russland beeinträchtigt oder sogar vorübergehend stillgestellt.

Abschließend kann man festhalten, dass die Eurasische Zollunion und die Pläne einer Eurasischen Wirtschaftsunion zwiespältige Reaktionen innerhalb der EU auslösen. Die EU hätte sicherlich ein starkes Interesse daran, wenn die zukünftige Eurasische Wirtschaftsunion für mehr Wirtschaftsstabilität in der gemeinsamen Nachbarschaft sorgen und gleichzeitig auch in Konkurrenz zu anderen regionalen Organisationen in Asien wie

beispielsweise der SOZ stehen würde. Aus europäischer Sicht könnte das flexible Herangehen an die Harmonisierung von Standards, Normen und Regeln der WTO bei zukünftigen Verhandlungen der EU mit den Mitgliedsstaaten der Eurasischen Zollunion von Vorteil sein. Andererseits sind aber zwei der drei Gründungsstaaten der Zollunion noch keine WTO-Mitglieder, so dass beispielsweise höhere Zolltarife zugunsten Russlands vereinbart wurden, wobei gleichzeitig keine funktionierenden Sanktions- und Streitschlichtungsmechanismen innerhalb der Eurasischen Zollunion bestehen, wenn es Verstöße gegen Regeln der Welthandelsorganisation gibt.

Die Ukraine zwischen Europäischen und Eurasischen Integrationsbestrebungen

Im Zusammenhang mit den russischen Plänen einer Eurasischen Wirtschaftsunion befindet sich die Ukraine zwischen Europäischen und Eurasischen Integrationsbestrebungen. Moskau ordnet der Ukraine eine strategische Schlüsselrolle bei der Etablierung der Eurasischen Union zu. Der politische Analyst Fjodor Lukjanow behauptete sogar, die Ukraine würde durch ihre Integration in die Eurasische Zollunion dazu beitragen, dass die Eurasische Wirtschaftsunion eines Tages zu einer der wesentlichen regionalen Machtzentren der Welt werde.⁶ Darüber hinaus betrachtet Russland die Instrumentalisierung der Beziehungen zwischen der Ukraine und der euro-atlantischen Gemeinschaft als strategisches Mittel zur Abkapselung Moskaus von seinem nahen Ausland.

Die EU ihrerseits rief 2009 eine neue Initiative der Europäischen Nachbarschaftspolitik ins Leben – die Östliche Partnerschaft.⁷ Ziel der Östlichen Partnerschaft ist es, sechs GUS Ländern (Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Moldau, der Ukraine und Georgien) eine graduelle politische Assoziierung und wirtschaftliche Integration unter der Einhaltung der europäischen Normen und Werte anzubieten. Ungeachtet der fehlenden Beitrittsperspektive bietet die EU der Ukraine eine breite Palette von Anreizen, beginnend mit politischer Assoziierung und wirtschaftlicher Integration, über die Visaliberalisierung

bis hin zur sektoralen Zusammenarbeit. Alle Ebenen des Engagements sollen wiederum einen intensivierten Integrationsprozess zwischen der EU und der Ukraine, basierend auf den europäischen Normen und Werten, herbeirufen. Die Konditionalität des europäischen Ansatzes erstreckt sich auf den innenpolitischen Pluralismus und die Achtung der Menschenrechte und -freiheiten.

Insgesamt wird der europäische Ansatz gegenüber der Ukraine als positiv bis sehr positiv wahrgenommen. In einer Umfrage des Razumkow-Zentrums (2013)⁸ sprechen sich 41,7% der Befragten für einen Beitritt zur EU aus, während 31% der Befragten einen Beitritt zur Eurasischen Union befürworten. Darüber hinaus liegt der Schwerpunkt hinsichtlich der erwarteten Auswirkungen des Assoziierungsabkommens bei der Förderung der Demokratie (51,9%), der wirtschaftlichen Entwicklung (52,5%), der öffentlichen Versorgung und Infrastruktur (49,4%), der Effektivität der Regierung (41,0%) wie auch bei den Einkommen (40,5%) sowie der Bildung, Wissenschaft und Technologie (51,4%).

Hingegen sprechen die Zahlen mit Blick auf die erwarteten Auswirkungen des Beitritts der Ukraine zur Eurasischen Zollunion eine deutliche Sprache in die andere Richtung. So erwarten nur 19% der Befragten eine positive Auswirkung auf die Förderung der Demokratie und nur 29,5% der Befragten erwarten eine Besserung im Bereich der öffentlichen Versorgung und Infrastruktur. Was das gute Regieren betrifft, zeigen sich nur 19,6% der Befragten zuversichtlich bezüglich der positiven Auswirkungen der Zollunion im Bereich der Effektivität der Regierung. Immerhin zeigen 35,2% der Befragten Zuversicht bei der Frage nach den erwarteten Auswirkungen auf die Einkommen; 43,5% der Befragten sind von der Auswirkung der Zollunion auf die wirtschaftliche Entwicklung des Landes überzeugt und 38,2% der Befragten erwarten eine Besserung im Bereich der Bildung, Wissenschaft und Technologie. Aus dieser aktuellen Umfrage wird ersichtlich, dass die öffentliche Meinung in der Ukraine sehr moderate Erwartungen von den umfassenden Auswirkungen eines möglichen Beitritts zur Eurasischen Union teilt.

Die Zahlen im Bereich des Handels sprechen allerdings nicht eindeutig für oder gegen einen Beitritt der Ukraine zur Eurasischen Wirtschaftsunion bzw. ein Assoziierungsabkommen mit der EU. Wenn man den Anteil des ukrainischen Exports bzw. Imports mit der EU bzw. mit Russland und den GUS Ländern vergleicht, ergibt sich ein ziemlich gemischtes Bild. Die Einfuhr bzw. die Ausfuhr der Ukraine mit der EU belief sich 2012 jeweils auf 30% bzw. 33% des gesamten ukrainischen Handels. Im selben Jahr verzeichnete die Ukraine jeweils 32% der Einfuhr bzw. 26% der Ausfuhr mit Russland sowie weitere 8% und 11% mit den GUS Ländern.⁹

Schließlich kann man aus heutiger Sicht festhalten, dass es nicht die wirtschaftlichen und die politischen Anreize sind, welche die Ukraine zu einer Integration in die Eurasische Zollunion bewegen würden. Es hat in diesem Jahr eindeutige politische Signale und Bestrebungen gegeben, dass die Ukraine auf dem Gipfeltreffen der Östlichen Partnerschaft Ende November das Assoziierungs- bzw. Freihandelsabkommen mit der EU unterzeichnen will. Allerdings setzte Russland im Vorfeld des anstehenden Gipfeltreffens der Östlichen Partnerschaft starke Druckmittel wie Preisfestsetzungen für Energie, Importverbote für mehrere Waren und andere Handelshemmnisse ein, um die ukrainische Regierung zugunsten einer Integration in die Eurasische Zollunion zu beeinflussen.

Fazit

Parallelen zu ziehen zwischen der Eurasischen Union und der UdSSR gehört nun mehr der politischen Rhetorik als der politischen Realität an, denn selbst der damalige Nachfolger – die GUS – hat diese Erwartungen nie erfüllen können. In einer multilateralen, globalisierten Welt mit mehreren Machtzentren betrachtet Moskau die wirtschaftliche und politische Vernetzung und Verflechtung mit den ehemaligen Sowjetrepubliken als einzigen Weg, um die aus der Globalisierung resultierenden Risiken und Bedrohungen zu minimieren.

Das vorläufige Zwischenfazit aus der Entwicklung der Eurasischen Wirtschaftsintegra-



tion zeigt, dass Moskau durch die Errichtung und die Etablierung der Eurasischen Union neben den wirtschaftlichen Anreizen durchaus geopolitische Zielsetzungen anstrebt. Zum einen geht es um das neu gewonnene Selbstbewusstsein Russlands, wieder Einfluss auf internationalen und regionalen Foren ausüben zu können. Zum anderen ist es aber auch auf die russischen Integrationsvorhaben zurückzuführen, ein neues regionales Machtzentrum als Gegengewicht zur Marktstärke von den USA, China oder der EU zu schaffen.

Die geplante Etablierung der Eurasischen Wirtschaftsunion wird durchaus geopolitische Zwecke erfüllen, weil Russland seine Stellung im postsowjetischen Raum wieder ausbauen will. Nach wie vor sieht Moskaus darin die Chance, nationale Entscheidungsfindungsprozesse in den Mitgliedstaaten der Eurasischen Wirtschaftsunion zu beeinflussen. Aus russischer Sicht soll die Eurasische Wirtschaftsunion zukünftig zu einem regional agierenden Akteur werden, welcher die EU auf den asiatischen Märkten herausfordern kann, und dennoch als Handels- und Wirtschaftspartner eine Brückenfunktion zwischen Europa und Asien ausüben kann. Weiterhin sieht Moskau in der geplanten Errichtung der Eurasischen Wirtschaftsunion gute Chancen, dass sich die Gründungsstaaten schneller und wirksamer in internationale Wirtschaftsorganisationen wie die Welthandelsorganisation (WTO) integrieren lassen. So kann Russland beispielsweise Kasachstan und Belarus zu einem schnelleren Beitritt zur WTO verhelfen.

Gegenwärtig distanzieren sich die russischen Integrationspläne von der Behandlung außenpolitischer und sicherheitspolitischer Fragen innerhalb der Eurasischen Zollunion und bei den Plänen einer Wirtschaftsunion, weil die wirtschaftliche Integration im Mittelpunkt steht. Allerdings gelten auch einige GUS Länder mit instabilen politischen Systemen und zahlreichen Sicherheitsbedrohungen als zukünftige Beitrittskandidaten. Moskau ist aus diesem Grund darauf bedacht, ihre Vorbereitung auf eine Integration in die Eurasische Zollunion zu fördern, um damit verbundene Problemerkennun-

gen innerhalb eines institutionalisierten Integrationsformats zu diskutieren und wenn möglich zu bewältigen.

Abschließend kann man festhalten, dass Russland durch das wirtschaftliche Integrationsprojekt einer Eurasischen Wirtschaftsunion auf dem Vormarsch im GUS-Raum ist. Moskau ist darin bestrebt, die wirtschaftliche Reintegration mancher GUS Länder wieder zu beleben und zu fördern. Viele Fragen bezüglich der Zukunft der Eurasischen Union bleiben allerdings noch offen. Es ist beispielsweise nicht klar, ob die Eurasische Zollunion neue Mitglieder aufnehmen und nach welchen Kriterien – geopolitischen, wirtschaftlichen oder nur handelspolitischen – die Entscheidung für ihre Aufnahme fallen wird. Aus dem heutigen Blickwinkel betrachtet, liegt der Vorrang bei der institutionellen Vertiefung, während dessen die Beitrittsperspektive für neue Mitgliedstaaten bis auf die Ukraine auf sich warten lässt. Insbesondere die Frage nach einer „Resowjetisierung“¹⁰ der ehemaligen Sowjetrepubliken weckt zu Recht gewisse Besorgnis in vielen EU-Mitgliedstaaten. Es besteht zumindest kein Zweifel daran, dass die EU die geplante Errichtung der Eurasischen Wirtschaftsunion vorwiegend als geopolitischen Vormarsch Moskaus im GUS-Raum sehen wird.

Fußnoten

- 1) Die Gemeinschaft unabhängiger Staaten wurde nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion gegründet und umfasst die Mehrheit der ehemaligen Sowjetrepubliken.
- 2) PUTIN, V. (2005). Annual Address to the Federal Assembly of the Russian Federation. The Kremlin, Moscow. 25 April 2005. [quoted. 2013-11-04]. Available at WWW: http://archive.kremlin.ru/eng/speeches/2005/04/25/2031_type70029type82912_87086.shtml
- 3) Ebenda, S. 10-11.
- 4) EURASIAN ECONOMIC INTEGRATION (2013). FACTS AND FIGURES. S. 15. [quoted. 2013-10-25]. Available at WWW: http://www.eurasiancommission.org/ru/Documents/broshura26Body_ENGL_final2013_2.pdf
- 5) Ebenda.
- 6) LUKYANOV, F. (2013). Uncertain World: Russia and Ukraine on the Verge of a Decisive Choice. RIA Novosti Column. 22 August 2013. [quoted. 2013-10-09].

Available at WWW: <http://en.ria.ru/columnists/20130822/182911246.html>

- 7) JOINT DECLARATION OF THE PRAGUE EASTERN PARTNERSHIP SUMMIT. Prague. 7 May 2009. [quoted. 2013-10-25]. Available at WWW: http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/er/107589.pdf
- 8) REPRÄSENTATIVE UMFRAGE DES RAZUMKOW-ZENTRUMS. Vom 12.-16. April 2013. In Ukraine-Analysen. Nr. 121. 08.10.2013. [quoted. 2013-11-07]. Available in Russian at WWW: http://razumkov.org.ua/ukr/poll.php?poll_id=892
- 9) ASLUND, A. (2013): Ukraine's choice: European Association Agreement or Eurasian Union? Peterson Institute for International Economics. September 2013, S. 2. [quoted. 2013-11-15]. Available at WWW: <http://www.piie.com/publications/pb/pb13-22.pdf>
- 10) Speech of former US Secretary of State Hilary Clinton at a session of the foreign ministers of the OSCE countries in Dublin on 6 December 2012. [quoted. 2013-10-25]. Available at WWW: <http://www.charter97.org/en/news/2012/12/7/62465/?1>

© Austria Institut für Europa- und Sicherheitspolitik, 2013

Alle Rechte vorbehalten.

Nachdruck oder vergleichbare Verwendungen von Arbeiten des Austria Instituts für Europa- und Sicherheitspolitik (AIES) sind auch in Auszügen nur mit vorheriger Genehmigung gestattet. Die im AIES-Fokus veröffentlichten Beiträge geben ausschließlich die Meinung der jeweiligen Autorinnen und Autoren wieder.

Schlossgasse 6
A-2344 Maria Enzersdorf
Tel. +43 (0)2236 411 96
Fax. +43 (0)2236 411 96-9
E-Mail: office@aies.at
www.aies.at

Layout: EGENCY Medienbüro Patrick Meyer